

Schwerpunkt Kleine Anfragen im Mai-Landtag

Missbrauchsgefahr?

Kein Krankentaggeld bei Arbeitsunfähigkeit unter 50 Prozent

VADUZ Bei einer Arbeitsunfähigkeit unter 50 Prozent besteht nach dem Krankenversicherungsgesetz kein Anspruch auf Taggeld: Hier sieht die Abgeordnete Susanne Eberle-Strub (FBP) die Gefahr, dass Patienten aus finanziellen Gründen eher auf mehr als hälftig krankgeschrieben werden, obwohl 30 oder 40 Prozent zutreffender wären. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini verweist darauf, dass dies bereits 2006 von der Arbeitsgruppe zum Krankentaggeld näher erörtert wurde. «Damals eingeholte Stellungnahmen bezüglich einer Senkung oder Abschaffung der Grenze waren eher negativ», so der Gesundheitsminister: Die Arbeitsunfähigkeit habe nach den Erfahrungen der Krankenkassen oft arbeitsbedingte oder psychische Ursachen. Speziell dieser Umstand spreche für eine Beibehaltung. Weitere Gründe: Eine tiefere Grenze könne den Missbrauch nicht verhindern, sondern würde diesem eher noch Vorschub leisten. Eine Herabsetzung der Mindestgrenze hätte somit einen finanziell schwer abzuschätzenden Leistungszuwachs zur Folge. Und der Verwaltungsaufwand würde dabei ebenfalls zunehmen. «Eine Änderung wurde deshalb nicht weiter verfolgt», so Pedrazzini. (hm)

Hochspannungsleitung

Keine Lösung in Sicht

BALZERS In Sachen Rückbau beziehungsweise Verlegung der Hochspannungsleitungen in Balzers kann das zuständige Ministerium noch immer keine wesentlichen Fortschritte vermelden. Dies geht aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Manfred Kaufmann (VU) durch Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch hervor. Demnach haben seit 8. November 2017 drei Sitzungen mit involvierten Stellen stattgefunden. Nachdem ein Vorschlag auf dem Tisch liegt, ist aber nun Stillstand eingetreten. «Da sich die Schweizerischen Behörden noch nicht zur Stellungnahme der liechtensteinischen Vertreter geäußert haben, gibt es keine Neuigkeiten zu vermelden. Folglich gibt es in dieser Sache auch keinen definitiven Zeitplan», sagte Daniel Risch im Landtag. Zur möglichen Strecke der Leitung lege bis heute lediglich der Planungskorridor, welcher die gesamte Breite des Rheintals zwischen Balzers und Trübbach umfasst, vor. Ohne Rückmeldung von der Schweizer Seite habe bisher «keine Priorisierung stattfinden können», so Risch. (hf)

Busspur geplant

Essanestrasse soll ausgebaut werden

ESCHEN «Das von der Gemeinde Eschen erarbeitete, jedoch noch nicht beschlossene Konzept zur «Dienstleistungsmeile Essanestrasse» sieht auf einer Länge von rund 1260 m vom Prestakreisel bis zur Gemeindegrenze Eschen-Gamprin einen Mobilitätskorridor in der Breite von 20,50 Metern vor», sagte Regierungschefstellvertreter Daniel Risch in Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Erich Hasler (DU). Demnach soll der Mobilitätskorridor Platz für zwei MIV Fahrspuren, eine Busspur sowie zwei strassenparallele Fuss-Radwege



Regierungsrat Daniel Risch. (Foto: MZ)

Eine Zwei-Klassen-Medizin bahnt sich in Liechtenstein nicht an

Gesundheit Johannes Kaiser hat in einer Kleinen Anfrage die Bezahlbarkeit von Prämien und Selbstbehalt sowie die sich öffnende Schere in Sachen Zwei-Klassen-Medizin angeprangert. Die Regierung musste seinen Behauptungen gleich mehrfach widersprechen.

VON HANNES MATT

«**V**on einer Zwei-Klassen-Medizin im Sinne von längeren Wartezeiten auf eine Behandlung oder eine qualitativ schlechtere Versorgung von Grundversicherten gegenüber Zusatzversicherten kann im bestehenden System nicht gesprochen werden», antwortet Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini auf die Frage des parteifreien (PU) Abgeordneten Johannes Kaiser, was die Regierung dagegen zu unternehmen gedenkt. Die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) biete allen Versicherten, unabhängig von Alter und Gesundheitszustand, ein breites Netz an medizinischen Leistungen sowie Zugang zu einer Vielzahl an geeigneten Leistungserbringern im In- und Ausland: «Die Versorgung der Versicherten ist dadurch sichergestellt.» Faktisch sei es so, dass durch eine private Zusatzversicherung vielfach nur bessere Hotellerie-Leistungen im Spital erkaufte werden. «Insbesondere in kleineren Spitälern besteht nämlich kaum eine Auswahlmöglichkeit in Bezug auf den behandelnden oder operie-

«Durch eine Zusatzversicherung werden vielfach nur bessere Hotellerie-Leistungen im Spital erkaufte.»

MAURO PEDRAZZINI
GESUNDHEITSMINISTER



Der PU-Abgeordnete Johannes Kaiser.

renden Arzt», so Pedrazzini. «Überdies geht der Trend in immer mehr Spitälern in Richtung Ein- und Zweibettzimmer - auch für Grundversicherte.» Weiter könne auch der Grundversicherte zwischen zahlreichen Spitälern in der Region wählen. Zudem stünden ihm bei speziellen gesundheitlichen Problemen Spezialkliniken zur Verfügung, beispielsweise in Zürich oder Innsbruck.



Minister Mauro Pedrazzini. (Fotos: MZ)

Von einer sich anbahnenden Zwei-Klassen-Medizin kann also keine Rede sein. Dennoch gilt es, ein Auge darauf zu haben. Pedrazzini: «Durch ein ungezügelter Wachstum der Gesundheitskosten kann die Situation entstehen, dass die Politik zu Massnahmen gezwungen wird, welche dann tatsächlich in einer Zwei-Klassen-Medizin enden.» Daher gehe das besondere Bemühen der Regierung dahin, das Wachstum der Gesundheitskosten im Zaum zu halten. Kaiser hakt nach: Aber es sei doch so, dass zahlreiche Menschen seit Einfüh-

rung des neuen KVG wegen der höheren Kostenbeteiligungen nicht mehr zum Arzt gehen würden. Pedrazzini winkt ab. «Nach aktuellem Kenntnisstand ist bei den zulasten der OKP in Anspruch genommenen Konsultationen von 2016 auf 2017 kein Rückgang zu verzeichnen.»

Kaiser zum Dritten

Der PU-Abgeordnete liess nicht locker: Bei der älteren Generation gebe es nicht wenige, die infolge des neuen KVG mit höherer Beteiligung und höheren Franchisen an die Grenze der Finanzierbarkeit ihrer Krankenkassenkosten gelangen - gerade solche mit bescheidenen Renten und hoher finanzieller Lebenskostenbelastung. Doch auch hier kann der Regierungsrat Kaisers Behauptung nicht nachvollziehen, dass durch die KVG-Revision die finanzielle Situation der einkommensschwachen Rentner dramatisch schlechter geworden sei. Mauro Pedrazzini verweist auf die neben der Prämienverbilligung für einkommensschwache Versicherte eingeführte Beteiligung an der Kostenbeteiligung. Im Vergleich zur Situation vor der KVG-Revision würden diese Massnahmen die Kosten meist verringern - im ungünstigsten Fall entstehen für Personen im Rentenalter mit Prämienverbilligung Mehrkosten von 77 Franken pro Jahr.

Kita-Finanzierung im Zeitplan

Betreuung Der Zeitplan für die Umstellung der Kita-Finanzierung ist immer noch derselbe, wie anlässlich der Budgetsitzung im November 2017, erklärte Regierungsrat Mauro Pedrazzini.

«Dem Wunsch, die Umstellung der Finanzierung möglichst schnell vorzunehmen, steht die Tatsache entgegen, dass es Anpassungsprozesse aufseiten der Anbieter braucht. Es ist daher, wie auch bei den Budgetdebatten 2016 und 2017 erwähnt, notwendig, die Umstellung in mehreren Schritten vorzunehmen», verdeutlichte Regierungsrat Mauro Pedrazzini am Donnerstag in Rahmen seiner Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Thomas Rehak (DU).

Neue Finanzierungsart

Ziel ist es, bis 2019 von der Objektfinanzierung, das heisst von direkter Subvention der Einrichtungen, auf

eine subjektgesteuerte und damit leistungsorientierte Objektfinanzierung umzustellen. Dabei sollen die Eltern einen einkommensabhängigen Beitrag an die Betreuungskosten erhalten. «Die Subventionsmittel sind zweckgebunden und werden nur für effektiv erbrachte Leistungen direkt dem Betreuungsanbieter ausbezahlt. Für die Abwicklung dieser neuen Finanzierungsart wird auch an einer digitalen Plattform gearbeitet», sagte Pedrazzini. In dieses Projekt seien die Betreibergesellschaften der Kindertagesstätten, welche in der Arbeitsgruppe vertreten sind, ebenfalls eingebunden. Wie Pedrazzini einmal mehr ausführte, müsse eine Umstellung der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung schrittweise erfolgen, um die Folgen für die betroffenen Kleinbetriebe im Bereich der Kinderbetreuung abzufedern. «Es soll vermieden werden, dass Anbieter aufgrund zu schneller Veränderungen in Liquiditätsproblemen geraten und gegebenenfalls sogar schliessen müssen», so Pedrazzini. (hf)



Am Gymnasium

«Sportschüler aus dem Ausland sind eine Bereicherung»

VADUZ Die gymnasiale Oberstufe Schwerpunkt Sportschule nimmt regelmässig Schüler aus dem benachbarten Ausland auf. Der PU-Abgeordnete Johannes Kaiser fragte genauer nach. «Grundsätzlich werden diese nur dann aufgenommen, wenn dadurch keine neuen Klassen gebildet werden müssten. Ihr jährlicher Schulkostenbeitrag beträgt 8000 Franken», so die Antwort von Bildungsministerin Dominique Gantenbein. Durch die ausländischen Schüler würden sich keine Nachteile für Inländer ergeben, so Gantenbein: «Die Erfahrung zeigt: Sie stellen sowohl in den Trainingsgruppen als auch in den Klassen eine Bereicherung dar.» (hm)

Noch kein Zeitplan

Regierung prüft erneut UNESCO-Mitgliedschaft

VADUZ «Die Regierung überprüft momentan die Möglichkeiten, inwiefern ein voller UNESCO-Beitritt Sinn macht und aufgrund des personellen und finanziellen Aufwands zu realisieren ist.» Dies erklärte Regierungsrätin Aurelia Frick am Donnerstag im Rahmen einer Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Georg Kaufmann (Freie Liste). Wie Frick weiter ausführt, wird ebenfalls überprüft, ob allenfalls über einzelne Projekte UNESCO-Zertifizierungen möglich sind. «In Paris haben wir vor einer Woche mit Nicolas Kassinides von der UNESCO-Generaldirektion Ideen und Möglichkeiten diskutiert», sagte Aurelia Frick. Es sei geplant, im Rahmen des Europäischen Kulturerbe-

jahrs die Re-Evaluierung abzuschliessen. Ein Zeitplan der Umsetzung könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht definiert werden. Liechtenstein hat sich schon mehrfach mit einem UNESCO-Beitritt befasst. Zuletzt wurden 2017 die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen analysiert. Neben den kulturpolitischen Interessen eines UNESCO-Beitritts geht es immer auch um die Themen Erziehung und Wissenschaft, für welche die UNESCO ebenfalls steht. (hf)

Regierungsrätin Aurelia Frick. (Foto: MZ)

